

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 109. Ratssitzung vom 30. September 2020

2993. 2020/389

**Beschlussantrag der GPK vom 09.09.2020:
Bericht der GPK zum Erneuerungsprozess «Kongresshaus und Tonhalle»,
Kenntnisnahme**

(Kommissionserklärung siehe Beschluss-Nr. 2992/2020)

***Dr. Bernhard im Oberdorf (GPK)** begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 2903/2020): Es kommt nicht oft vor, dass vorgängig die Kommissionserklärung verlesen wird und dies zudem durch die Referentin des Hochbaudepartements geschieht, das beim vorliegenden Fall im Zentrum steht. Dass man die Kommissionserklärung eingebracht hat, ist ein Ausdruck der konsensualen Arbeit, die in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) stattgefunden hat. Es geht um die Sache – über alle Parteien hinweg. Die GPK hat sehr viel Energie in diese Arbeit investiert. Sie hat sich während zahlreichen Anhörungen von Experten und Verantwortlichen eine Meinung gebildet. Eines ist klar: Die Probleme liegen nicht nur im Bereich Kongresshaus. Auch beim Stadtspital Triemli und bei der Fischerstube gab es Probleme. Das ist der Grund dafür, dass die GPK über den Fall des Kongresshauses hinweg Hilfe bieten möchte, damit man auch andernorts Verbesserungen einbringen kann. Daraus wiederum sind die Handlungsempfehlungen entstanden, die man im Bericht der GPK findet. Wir bitten um Zustimmung zu allen Punkten.*

Weitere Wortmeldungen:

***Christine Seidler (SP):** Die Rolle des *enfant terrible* innezuhaben, ist nicht immer angenehm. Die Aufgabe als Mitglied der GPK bringt das aber mit sich. Es ist auch nicht immer angenehm, Mitglied der GPK zu sein. Man hat mit komplexen Dossiers zu tun, verbringt viel Zeit mit Lesen, hat viel Arbeit, muss unbequeme Fragen stellen und dies muss selbstredend stets unter Geheimhaltung stattfinden, was bedeutet, dass man im Rat so gut wie nichts sagen kann. Anlässlich der Verabschiedung der zurücktretenden Gemeinderatsmitglieder und der Ombudsfrau Claudia Kaufmann wurde in der heutigen Sitzung sehr viel von Mut und von Mut zur Unbequemlichkeit gesprochen. Es wurde von der Wahrnehmung der Verantwortung gesprochen, die man als Politikerin hat. In diesem Sinn verstehe ich auch die Arbeit der GPK als Aufsichtskommission. Wenn aus der GPK Kritik erfolgt, ist das aus meiner Sicht immer dem Ziel gewidmet, Dinge oder Abläufe, die nicht adäquat sind, zu erkennen und Ursache und Wirkung zu verstehen. Dies im Sinne einer konstruktiven Kritik und mit dem Ziel, aus Erkenntnissen zu lernen und Fehler künftig zu vermeiden im Interesse einer kompetenten und geschätzten Stadtverwaltung und insbesondere im Interesse der Zürcher Bevölkerung. Umso bedauerlicher ist es, dass unser Wunsch bei der Stellungnahme des Stadtrats zum Bericht der GPK verkannt wurde. Von Anfang an war klar: Es war ein Design-to-cost-Projekt. Bereits der*

Kredit im Rahmen der Volksabstimmung lässt aber im Nachhinein vermuten, dass dieser in der Güterabwägung zugunsten von einem Volks-Ja kalkuliert worden war und scheinbar zulasten einer realistischen Kostenkalkulation. Auch wenn das gut nachvollziehbar ist, hatte das Projekt einen schweren Stand nach der Ablehnung des Moneo-Projekts. Von Beginn an war allen Beteiligten klar, dass die Kosten knapp sind und der vorgegebene Kostenrahmen in Anbetracht der Komplexität des Bauprojekts ein machbares, aber äusserst ehrgeiziges Ziel ist. Monika Bättschmann (Grüne) hat es bereits ausgeführt. Die GPK hat bei ihrer Untersuchung festgestellt, dass die Projektreife zum Zeitpunkt des Starts der Bauphase nicht genügend war. Dazu kam die sogenannte Wunschliste. Diese Wünsche kamen nicht unbedingt von der Exekutive oder von der Verwaltung, sondern von den Bestellern. Wie so oft wird jenen, die am lautesten rufen, auch Gehör verliehen. Wir sollten unsere Lehren aus dem Fall ziehen. Es wird nicht das letzte und das komplexeste Planungs- und Bauprojekt in der Stadt Zürich sein. In diesem Sinn wünsche ich mir, dass aus Fehlern «Lessons Learned» für künftige Projekte entstehen und im Interesse der Bevölkerung und der Stadt Zürich auch umgesetzt werden, und dass der Stadtrat die Empfehlungen nicht nur entgegennimmt, sondern auch umsetzt. Ich werde dem Antrag der GPK entgegen der Haltung meiner Fraktion zustimmen.

Dr. Pawel Silberring (SP): *«Man sollte die Dimensionen wahren. In der Geschichte des Kongresshauses hatten wir schon ganz andere Probleme und Beträge. Ich erinnere an die Sanierung, die das grosse Schuldenloch hervorrief. Das war kein Produkt der rot-grünen Mehrheit. Ich erinnere an den ehemaligen Stadtrat Vollenwyder, der mit seiner Zürich Forum AG und danach mit dem Moneo-Projekt scheiterte. Wenn man diese Fälle mit der vorliegenden Dimension vergleicht, muss man sagen: Wir haben ein Problem, aber es ist nicht der Weltuntergang von Zürich, auch wenn es mehr als unschön ist, und man nicht bereit war, den Objektkredit einfach so zu sprechen. Zusammenfassend muss ich aber sagen, dass ich glücklich bin, dass es am betreffenden Ort am Zürichseeufer neben ganz viel Geld – Banken, Versicherungen – noch eine kleine Ecke hinter ein paar schönen Bäumen gibt, die öffentlich ist. Dass wir uns das erhalten haben, finde ich sehr gut. Das Gebäude wird wie ein kleiner Findling sein neben dem Zürich des Geldes. Ich hoffe, dass wir auch künftig gute Veranstaltungen im Kongresshaus und in der Tonhalle geniessen können.»* Bemerkung: *Dieser erste Teil meines Votums stammt aus den Beratungen zum Geschäft 2019/207, aus einem Votum von Walter Angst (AL). Die Rede stimmt auch heute noch. Es ist korrekt, dass es Probleme gab – und zwar nicht wenige. Dass die GPK sich darum kümmert, ist ihr Job. Wir werden uns aber bei dieser Vorlage der Stimme enthalten. Aus unserer Sicht ist es ein sehr kritischer Bericht. Unserer Meinung nach liegen die Fakten aber klar auf dem Tisch und es ist kein Fehlverhalten des Stadtrats sichtbar. Zweifellos gibt es Entscheidungen, die man im Nachhinein anders fällen würde. Sie mussten aber gezwungenermassen vorher gefällt werden. Es gibt auch Entscheide, die möglicherweise anders ausgefallen wären, wenn man es nicht mit einer speziellen Situation zu tun hätte: Ein allfälliger Restbetrag aus den budgetierten Reserven fliesst an die Betreiber und nicht an die Stadt. Wenn wir bei diesem komplexen Bauwerk einen Massstab ansetzen, wie es bei einem Neubau üblich ist, übersehen wir die Schwierigkeiten einer Sanierung eines denkmalgeschützten alten Hauses auf unsicherem Baugrund. Wichtig in diesem Zusammenhang: Anders als bei den meisten*

städtischen Bauten verbleibt eine nicht genutzte Reserve in diesem Fall nicht bei der Stadt, sondern bei der Trägerschaft des Kongresshauses. Für die Stadt waren die 165 Millionen Franken weg, als die Stimmbevölkerung 2016 einer Sanierung des Kongresshauses zustimmte. Das veränderte die Ausgangslage verglichen mit anderen städtischen Projekten. Für die SP gilt, dass wir nach wie vor zu diesem Bauwerk stehen. Es entsteht ein Bauwerk, das der Stadt viel Positives bringen wird. Die Kostenüberschreitungen bereiten uns selbstverständlich keine Freude. Aber wir ordnen sie in den komplexen baulichen und juristischen Umständen ein. Daher werden wir dem aus unserer Sicht zu einseitig ausgefallenen Bericht nicht zustimmen.

Maleica Landolt (GLP): *Die GLP-Fraktion begrüsst den Beschlussantrag mit dem GPK-Bericht. Wir hoffen, dass der Stadtrat in rund einem Jahr, nach der Eröffnungsfeier, zu den im Bericht gemachten Empfehlungen und der Umsetzung einen Bericht liefern wird. Die GLP vertrat bereits im Herbst 2019 in der Beratung zum Zusatzkredit eine kritische Haltung, weil das Kostendach nicht eingehalten wurde, das dem Volk vorgelegt worden war. Wir haben die Dispoanträge mitunterstützt, bei denen es um Kürzungen oder um eine klare Definition ging, wie man die Reserven verwenden soll. Wir unterlagen jedoch im Rat und haben uns danach beim bereinigten Antrag der Stimme enthalten. Dies im Wissen, wie wichtig das Objekt der Stadtbevölkerung ist, und aus Respekt der Stadtbevölkerung gegenüber, die mit über 75 % dem Umbau mit dem Kostendach zugestimmt hat. Umso wichtiger ist uns, dass bei künftigen Bauprojekten dieser Grössenordnung bezüglich Volumen, Umfang, Komplexität und Kosten Problemfälle genau analysiert und definiert werden und dass Lehren aus dem aktuellen Fall gezogen werden. Es liegt wohl in der Natur der Sache, dass die Aussensicht und die Innensicht in der Regel nicht deckungsgleich sind. In diesem Fall wäre es die Sicht des Stadtrats, des Departements und aller Verantwortlichen gegenüber den Aufsichtskommissionen GPK und RPK. Im Bericht schwingt zwischen den Zeilen mit, dass im letzten Herbst bei der Beratung des Zusatzkredits alle Fragen gut beantwortet worden seien, dass alles transparent und detailliert offengelegt wurde und begründet worden war, und auch ein wenig die Frage, warum die GPK ausgerechnet jetzt einen Bericht hinlegen müsse und das, bevor das Projekt abgeschlossen ist und die Eröffnungsfeier erfolgreich stattgefunden hat. Die GLP begrüsst, dass die GPK im Sinne ihrer Aufsichtstätigkeit und Aufsichtsfunktion entschieden hat, schon jetzt einen Bericht zu dieser Nachtragskreditsweisung zu machen, dass sie ihren Auftrag und ihren Leistungsauftrag gemäss dem Leitfaden für die GPK-Geschäftstätigkeit wahrnimmt, und dass sie Beurteilungen und Schlussfolgerungen zusammengefasst und Empfehlungen abgegeben hat. Wir sind gespannt, wie die stadträtliche Berichterstattung nach dem Eröffnungsfest ausfallen wird und was der Bausachverständige zum Postulat 2019/382 berichten wird. In diesem Sinne stimmen wir dem Beschlussantrag zu.*

Michael Schmid (FDP): *Die SP ist in ihrem Votum in der Historie weit zurückgegangen und ruft Fehler in Erinnerung, die früher passiert sind. So will sie relativieren, was zur Diskussion steht. Damit bin ich nicht einverstanden. Wir haben nach der Beratung über die Erhöhung des Objektkredits – mit Unterstützung der vorberatenden Kommission –*

wirklich versucht, nochmals genau zu prüfen, wo die Probleme in dem zugegebenermassen komplexen Projekt lagen. Es war auch von den Strukturen her ein komplexes Projekt. Es ist etwas schockierend, wenn nun Dr. Pawel Silberring (SP) nochmals die Kamelle erwähnt, die bereits demaskiert worden ist. Nämlich die angebliche Begründung, es sei eine andere Situation als in anderen Projekten und der Kredit hätte vollständig an die Kongresshausstiftung ausgezahlt werden müssen und hätte damit nicht mehr für rückzahlbar angeschaut werden können. Die Kongresshausstiftung ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Zürich und damit genau so ein Teil der Stadt wie es auch die Verwaltungsabteilungen sind. Dass die SP dies nun immer noch nicht in letzter Konsequenz zur Kenntnis nehmen will, zeigt das Grundproblem. Man hat den Eindruck, dass man in der öffentlich-rechtlichen Anstalt Kongresshausstiftung einen Teil der Verantwortung auslagern und nicht mehr wahrnehmen will. Tatsache ist: Der Stadtrat muss die Verantwortung für die Kongresshausstiftung wahrnehmen. Weil sie zu 100 % Teil der Stadt ist mit entsprechenden Rechtsgrundlagen in der Gemeindeordnung, und weil alle Mitglieder des Stiftungsrats vom Stadtrat gewählt werden, und die Mehrheit davon auch in der Stadt tätig ist oder war. Zu erwähnen ist an dieser Stelle auch der Punkt der unklaren und fragwürdigen Hierarchien: Wir haben einen Stiftungsrat, in dem ein Departementssekretär Einsitz nimmt. Dem Stiftungsrat ist ein Steueraussschuss untergeordnet, in dem Stadträte sitzen. Und unter dem Steueraussschuss befindet sich ein Projektausschuss, in dem wiederum Mitglieder des Stiftungsrats sitzen. Das ist ein wesentlicher Teil des Problems. Aus diesem Punkt muss man ebenso wie aus den anderen Punkten Lehren ziehen. Wir haben versucht, diese Punkte in der Kommissionserklärung zu kondensieren. Es geht um den Umgang mit «Lessons Learned» und in welchen Bereichen der Stadtrat und offensichtlich auch die Mehrheitsfraktion im Gemeinderat zulegen müssen. Man sollte kritisch mit solchen Feststellungen umgehen und die Lehren daraus ziehen. Besonders dann, wenn man davon ausgeht, dass öffentlich-rechtliche Anstalten in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen werden, gerade auch mit Blick auf die Wohnbaustiftungen, die unter anderem bei der Erreichung des Drittelsziels eine zentrale Rolle spielen sollen. Wenn das so ist, muss man ernst nehmen, dass die Verantwortlichkeiten klar sind und auch so wahrgenommen werden müssen. Noch eine letzte Bemerkung: Der Stadtrat hat in seiner Stellungnahme zurückgemeldet, er nähme nur dort Stellung, wo er anderer Meinung sei als der GPK-Bericht. Das ist positiv. Wenn die Stellungnahme aber länger wird als der eigentliche Bericht, ist die Kritikfähigkeit auch wieder in Frage gestellt. Ich hoffe, dass die Kritik doch noch ankommt, ernst genommen wird und dass die Lehren daraus gezogen werden.

Natalie Eberle (AL): Die AL stimmt dem Bericht zu. In den vorherigen Voten wurden bereits viele Punkte erwähnt. Wir haben uns viel Zeit genommen für die Untersuchung zu diesem grossen, schwierigen Bauprojekt, haben zahlreiche Dokumente gewälzt. Ich bin etwas verblüfft, dass die SP nun in die Enthaltung geht. Was wir in den Dokumenten vorfanden, ist im Bericht kondensiert wiederzufinden. Die SP hat ihn als einseitig empfunden. Das ist nicht, weil man ihn einseitig verfasst hätte, sondern weil wir aufgrund der Dokumente, die wir zur Verfügung gestellt erhielten, zu den entsprechenden Tatsachen und Schlüssen kamen. Es ist nicht so, dass nur eine Ratsseite an diesem Bericht gearbeitet hätte. Die Arbeitsgruppe war durchmisch. Es waren auch Personen aus der SP-Fraktion dabei. Es handelt sich um ein äusserst komplexes Projekt. Es wird niemandem

gesagt, dass keine Fehler passieren dürfen. Aber wenn die GPK eine Untersuchung macht, darf man den Anspruch haben, dass die Tatsachen, die die GPK zurückspiegelt, auch berücksichtigt werden. Wie bereits Michael Schmid (FDP) sagte: Wenn die Rückmeldung des Stadtrats auf den Bericht länger ist als der Bericht selber, spricht das für sich. Wir werden dem Bericht zustimmen.

Markus Kunz (Grüne): Die grosse Mehrheit der Grünen Fraktion wird dem Bericht nicht zustimmen. Es ist allerdings weniger ein Votum gegen die Sachlage und auch kein Votum gegen die Arbeit der GPK. Ich war zweimal in diesem Gremium und kenne das Vorgehen. Es ist vor allem auch eine Stellungnahme gegen den Ablauf der ganzen Geschichte. Das Geschäft stand unter Geheimhaltung. Das ist immer etwas schwierig. Es geht dann darum, was man am Schluss sagen darf und was nicht, und was man in den Bericht schreibt und was nicht. Der Bericht kam nun ungefähr eine Woche vor der entscheidenden Ratssitzung, man liest ihn und ist etwas hilflos. Natalie Eberle (AL) hat in ihrem Votum den Begriff «Tatsachen» erwähnt. In der Kommissionserklärung findet man einen schwerwiegenden Vorwurf, es hätten Handlungen stattgefunden, die «rechtlich nicht zulässig» gewesen seien. Der Stadtrat hat offenbar illegal gehandelt. Es kann nicht sein, dass man eine derartige Debatte nun mit dem Beschlussantrag erledigt. Es bräuchte andere Vorgehensweisen. Wenn der Stadtrat illegal gehandelt haben soll, kann man nicht einfach der Ansicht sein, man würde dann prüfen, was vom Stadtrat in einem Jahr komme. Was uns im Gemeinderat vorliegt, ist zu wenig, um überhaupt beurteilen zu können, ob die Angelegenheit abgeschlossen werden kann. Dass die GPK ein Recht hat, den Stadtrat periodisch wieder einzuladen, und dass sie das Recht und sogar die Pflicht hat, Abläufe, die sie als fehlerhaft erkannt hat, zu überprüfen und den Stadtrat aufzufordern, dass er etwas verändert, ist selbstverständlich. Darüber müssen wir nicht sprechen. Aber es bestehen offenbar immer noch grössere Differenzen, schon nur darüber, wie man die Realität überhaupt wahrnimmt, wie die Tatsachen aussehen, und ob rechtlich nicht zulässige Handlungen ausgeführt wurden. Das scheint mir keine einfache Beschlusslage.

Martina Zürcher (FDP): Zum Votum der Grünen: Wir haben bereits gehört, dass die Angelegenheit nicht vergessen werden darf. Ich möchte auf einen Auszug aus dem Ratsprotokoll vom 4. Oktober 2017 verweisen. Der Rat hat damals einem praktisch identischen Beschlussantrag der GPK zugestimmt. Damals ging es um Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ). Auch der Text im nun vorliegenden Beschlussantrag stammt aus dem damaligen Beschlussantrag. Ich finde die aktuelle Argumentation der Grünen interessant, denn vor drei Jahren haben sie denselben Sachverhalt noch anders gesehen. Das Votum von Markus Kunz (Grüne) ist eine sehr grosse Misstrauensbekundung gegenüber den Mitgliedern der GPK, insbesondere jenen aus den Reihen der Grünen. Ich möchte ihn darauf hinweisen, dass alle GPK-Mitglieder von diesem Rat gewählt wurden. Es handelt sich um eine Untersuchung. Die GPK hat den Bericht gemeinsam über alle Fraktionen erstellt. Im Sinne der Konstanz des Rats würde ich sehr empfehlen, dass man wie damals beim ERZ-Bericht vorgeht und dem Beschlussantrag zustimmt.

Dr. Davy Graf (SP): Die GPK hat beim vorliegenden Fall selber entschieden, dass sie aktiv werden will. Das wird auch in der Einleitung des Berichts erwähnt. Die GPK hat aufgrund der Medienmitteilung des Stadtrats entschieden, eine Untersuchung zu beginnen und sich ein Bild zu machen. Der Gemeinderat hat nie einen Bericht verlangt. Die GPK darf das und soll das tun, wenn sie es als unabhängiges Gremium möchte. Wichtig ist, dass wir nochmals festhalten, dass die GPK ein vom Gemeinderat unabhängiges Organ ist. Auch wenn nun darauf hingewiesen wurde, dass alle Fraktionsvertreterinnen und -vertreter dabei waren: Die GPK ist eine Aufsichtskommission, die eigenständig in einer Sache ermitteln und beurteilen muss. Das Risiko, das man eingeht, wenn man diese Unabhängigkeit hat, ist: Wenn man dem Gemeinderat einen Bericht präsentiert, nachdem man diesen für eine Weile redigiert und beraten hat, stösst man möglicherweise nicht auf einhellige Euphorie. Das kann vorkommen. Das ist kein Betriebsunfall, keine Schande, keine Desavouierung, sondern der normale Ablauf. Die GPK untersucht, macht Empfehlungen und diese werden vom Rat vielleicht noch bestätigt. Insofern dürfen auch Gemeinderäte, die nicht in der GPK sind, beurteilen, ob der Bericht substantiell genug ist, dass man ihm zustimmen will. Die SP-Fraktion ist zum Schluss gekommen, dass der Bericht sehr viele Inhalte enthält, die auch in früheren Ratsdebatten bereits erwähnt wurden. Der Bericht ist sehr wohl dienlich in jenem Moment, in dem sich die Stadt entscheiden sollte, auf dem alten Kongresshausgelände ein zweites Kongresshaus zu bauen. In jener Situation kann man die Forderungen aus dem Bericht wieder aufnehmen und sie im Detail lesen, damit sich die Geschichte nicht wiederholt bei diesem besonderen Bau auf dem besonderen Grundstück.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Im Namen des Stadtrats möchte ich der GPK einen Dank aussprechen für die grosse Arbeit, die sie geleistet hat. Es ist verdankenswert, wenn sich Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in eine derart komplexe Materie hineinknien. Insofern findet sich bereits ein erster gemeinsamer Punkt zwischen Stadtrat und GPK: Es handelt sich nicht um ein 08/15-Projekt, sondern um ein ausserordentliches Projekt. Ausserordentlich von der Geschichte her, von der Aufgabenstellung und von der Projektorganisation her, bei der von Beginn an klar war, dass sie von einem normalen städtischen Projekt abweichen wird. In diesen Punkten sind sich Stadtrat und GPK einig. Viele der Irritationen und Missverständnisse kommen aufgrund der Konstellation zustande, dass es kein normales Projekt der Stadt ist, und doch sind der Stadtrat und die Stadt stark involviert und stehen zusammen mit der Stiftung in der Verantwortung. Wenn man der Komplexität auch nur annähernd gerecht werden will, braucht es Zeit und Energie für die Aufarbeitung. Das zeigt sich auch in der Ausführlichkeit des GPK-Berichts. Es handelt sich durchaus auch um eine Wertschätzung, dass der Stadtrat die Ausführlichkeit des Berichts mit einer sorgfältigen und vertieften Stellungnahme quittiert hat. Wir haben den Bericht eingehend gelesen. Sonst hätten wir unsere Stellungnahme nicht in dieser Art verfassen können. Dass der Stadtrat der fachlichen Einschätzung und den generellen Meinungen der GPK nicht überall folgen kann, betrachte ich ebenfalls als selbstverständlich. Es ist nun primär am Gemeinderat und an der Öffentlichkeit, sich aufgrund der beiden vorliegenden Berichte eine Meinung zu bilden. Die Transparenz der

beiden Meinungen liegt auf dem Tisch. Der Stadtrat und die GPK sind sich in vielen Punkten einig. Ein Projekt, bei dem man die Termine nicht einhält, bei dem das Geld nicht reicht, ist nicht optimal abgelaufen. Darüber haben wir bereits früher im Rat diskutiert. Es ist nicht so gelaufen, wie es bei städtischen Hochbauprojekten in der Regel der Fall ist. Das ist mehr als ärgerlich. Man muss genau hinsehen und nicht zuletzt aus Fehlern lernen. Das haben wir getan. Wir haben auch immer Entscheide gefällt, bei denen wir den Gemeinderat hinzugezogen haben. Das tun wir jetzt und das werden wir auch in Zukunft mit Effort tun. Die Stellungnahme des Stadtrats ist öffentlich zugänglich. Ich möchte nun nicht weiter darauf eingehen, sondern noch drei bestimmte Punkte kommentieren. Zur Projektorganisation: Die Art der Projektorganisation wurde bewusst so gewählt. Man kann darüber diskutieren, ob sie nachträglich gesehen immer optimal war. Entscheidend ist: Die Stiftung ist mit dem Dotationskapital, das sie von der Stadt erhalten hat, im Lead. Der Stadtrat ist aber im Steuerungsausschuss in der Mitverantwortung. Dass im Stiftungsrat auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Einsitz haben, hat auch damit zu tun, dass man entschieden hat, kurze Wege für die Informationen haben zu wollen. Das hat sich durchaus bewährt. Ob man nun in anderen ausserordentlichen Projekten die Organisation wieder in der gleichen Form aufgleisen würde, darüber wird man zu einem anderen gegebenen Zeitpunkt nachdenken müssen. Zum Baustart: Die GPK stellt fest, dass man zu früh mit dem Baustart begonnen hat. Der Reifegrad der Planung sei ungenügend gewesen. Aus heutiger Sicht stimmt das. Zum damaligen Zeitpunkt, als man die Entscheidung fällen musste, war es eine andere Situation. Das Projektteam hat versichert, dass man mit dem Bau starten kann, die Planungsgrundlagen seien auf dem Tisch. Man hatte sogar ein unabhängiges Zweitgutachten eingeholt, das zum gleichen Schluss kam. Das war die Situation zum Zeitpunkt des Entscheids. Dass der Reifegrad der Planung im Nachhinein gesehen ungenügend war, ist für die Verantwortlichen ebenso ärgerlich wie für die GPK. Aber im Nachhinein ist man immer klüger als in der Situation, die sich einem zum Zeitpunkt des Entscheids bietet. Zur Bewirtschaftung der Reserven: Zu jenem Zeitpunkt, als der Stadtrat an den Gemeinderat gelangte, fand keine Kostenüberschreitung statt. Der Stadtrat beantragte, dass die Reserven aufgestockt werden. Der Gemeinderat gab seine Zustimmung. Das Projekt blieb mit dieser Erhöhung im bewilligten Kostenrahmen und ist es immer noch. Der Steuerungsausschuss kritisierte die sogenannte Wunschliste. Ich werde mich künftig davor hüten, eine Liste als eine Wunschliste zu bezeichnen. Aber eine Wunschliste ist im Grunde ein übliches Instrument. Es ist eine Liste mit Optimierungsmöglichkeiten, eine Optionenliste, ein normales Arbeitsinstrument in komplexen Projekten. Bei Optionen im Rahmen der Reservenbewirtschaftung wird abgewogen, ob man sie realisieren kann oder nicht. Man ist immer davon ausgegangen, dass man sie finanzieren kann, auch mit dem Baufortschritt. Das hat sich später als falsch erwiesen. Im Nachhinein weiss man dies nun. Auf diese drei Punkte wollte ich nochmals eingehen und die Sicht aus der Projektperspektive darstellen, mit den damals vorhandenen Informationen, auf Basis derer man fortschreitend im Projekt Entscheide fällen musste. Wir nehmen die Kritik ernst. Der Gemeinderat hat ein Postulat eingereicht für einen zusätzlichen Bericht von Fachleuten. Dieser ist in Arbeit. Auch dieser Fachbericht interessiert uns als Stadtrat. Er wird auch die GPK interessieren. Auch aus diesem Bericht wird man dazulernen können, was man bei ausserordentlichen Projekten besser machen kann. In aller Deutlichkeit möchte ich

8 / 8

jedoch einen Punkt aus der Kommissionserklärung zurückweisen: Die GPK behauptete, dass das, was der Stadtrat, der Steuerungsausschuss getan hätten bezüglich der Verwendung der Reserven, rechtlich nicht zulässig sei. Dagegen verwahre ich mich in aller Form. Wir haben nicht unrechtmässig, sondern stets nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Dass das im Nachhinein nicht immer die beste Lösung war, darüber sind wir uns einig. Ich bedanke mich für die Diskussion, für den Bericht, für die Kenntnisnahme der Stellungnahme des Stadtrates. Es wird vermutlich nicht die letzte Diskussion sein. Man wird in diesem Rahmen anlässlich des Berichts zum Postulat nochmals über das Projekt diskutieren.

Es wird kein Ablehnungsantrag gestellt.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 67 gegen 11 Stimmen (bei 37 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Vom Bericht der GPK zum Erneuerungsprozess «Kongresshaus und Tonhalle» wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, die im Bericht enthaltenen Empfehlungen zu prüfen und der GPK in einem Jahr über deren Umsetzung Bericht zu erstatten.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat